

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 11. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011**

**am Donnerstag, den 15.03.2007.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr                      Sitzungsende: 22:30 Uhr**

**Anwesend:**

**Von der CDU-Fraktion:**

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Alexander Steiß, Manfred Möller, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel (ab 20.35 Uhr), Elisabeth Wege, Heike Sauer, Reiner Pfeffer

**Von der SPD-Fraktion:**

Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Lothar Potthoff, Kurt Barth, Doris Knobloch, Werner Knobloch, Jürgen Rabenau, Tanja Kraft, Hans-Herbert Pletsch, Barbara Muzzolini, Siegfried Koch, Rainer Sauer,

**Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens

**Von der FDP-Fraktion:**

Dr. Olaf Stiller (Fraktionsvorsitzender), Gunter Heuser

**Von der FBW-Fraktion:**

Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender), Helle Grün, Winfried Laucht, Hans-Heinrich Schmidt

**Es fehlten:**

**Von der CDU-Fraktion:**

Konrad Ammenhäuser, Christina Krantz

**Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Ansgar Kraiker

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Muth, Stefan Bug (I. Beigeordneter), Karl-Heinz Kraft, Kurt Wenz, Gerhard Baier, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach

**Es fehlten:**

Reinhard Karber, Dagmar Kemmerling, Irene Loizides, Rainer Tägl, Helmut Wenz

**Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Niederschrift Nr. 10 vom 01.02.2007**

3. **Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;  
Bericht des Bürgermeisters**
4. **Bericht der Jugendpflege**
5. **Änderung der Abfallsatzung und/oder Erweiterung des gemeindlichen Angebotes zur Abfallverwertung  
Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2006 auf Prüfung, ob zweimal jährlich eine kostenfreie Astschnittabfuhr eingerichtet werden kann und  
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2006 hinsichtlich der Änderung der Abfallsatzung**
6. **Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**
7. **II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn)**
8. **IV. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn) über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)**
9. **Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Weimar (Lahn);  
hier: Beratung und Beschlussfassung über eine Neufassung**
10. **Bebauungsplan „Am roten Weg“ in Niederweimar  
- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage  
- Beschluss zur 2. Offenlegung**
11. **28. Flächennutzungsplanänderung parallel zum Bebauungsplan „Am roten Weg“ in Niederweimar  
a) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen während der 1. Offenlegung  
b) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen während der 2. Offenlegung  
c) Feststellungsbeschluss**
12. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.02.2007 bezüglich der Einführung eines Rauch- und Alkoholverbotes in den Jugendräumen der Gemeinde**
13. **Auftragsvergabe: Planung der Deichsanierung im Ortsteil Roth**
14. **Haushaltssatzung 2007 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**
15. **Anfragen**
16. **Verschiedenes**

#### **Inhalt der Verhandlungen:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**  
Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Schriftführerin und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 31 Mitgliedern der Gemeindevertretung waren zunächst 26 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.  
  
Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab bekannt, dass ein weiterer Tagesordnungspunkt „Auftragsvergabe: Planung der Deichsanierung im Ortsteil

Roth“ aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit auf die Tagesordnung genommen werden sollte.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt „Auftragsvergabe: Planung der Deichsanierung im Ortsteil Roth“ unter der laufenden Nr. 13 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 13 bis 15 verschieben sich jeweils um 1 Zähler.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

Folgenden Mitgliedern der Gemeindevertretung und der Schriftführerin gratulierte der Vorsitzende nachträglich zum Geburtstag:

Siegfried Koch, Dr. Olaf Stiller, Rita Rohrbach

Herrn Alexander Steiß gratulierte er zur Geburt seines 2. Kindes.

**2. Niederschrift Nr. 10 vom 01.02.2007**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bat, auf Seite 10 der Niederschrift (TOP 12) das Beratungsergebnis abzuändern von bisher 1 Stimmenthaltung in 1 Nein-Stimme.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Niederschrift Nr. 10 der Sitzung der Gemeindevertretung vom 01.02.2007 mit vorgenannter Änderung.

**Abstimmungsergebnis:** 26 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**3. Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand;  
Bericht des Bürgermeisters**

1. Beschlussfassung über den IV. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn).
2. Es wurde die Anschaffung eines Federklappenschneepfluges beschlossen zu einem Preis von 7.585,- € und eines Streuers für 4.385,- €
3. Mitteilung über den Beitritt in den Wasser- und Bodenverband – Jahresbeitrag 155,- €
4. Beschluss über die Beteiligung am Kinder-Kultur-Sommer Mittelhessen.
5. Beschluss über die Erhöhung der Betreuungsplätze in den Sommerferien bei der Ganztagsbetreuung von 36 auf 54 Plätzen.
6. Beschluss über die Errichtung eines Gemeindepflegebüros im Rathaus. Der Raum wird kostenlos für Beratungsgespräche ohne Honorarzahlung und ohne jegliche Haftung zur Verfügung gestellt.
7. Mitteilung über die gestundeten Anliegerbeiträge.
8. Beschluss über die Verlegung des Spielplatzes im OT Roth an die Geiersbergstraße mit der Auflage auf Gewährleistung von entsprechenden Eigenleistungen.
9. Beschluss über den Ankauf eines 2-Schalengreifers in Höhe von 7.669,55 €
10. Auf die Anfrage des Gemeindevertreters Reinhard Ahrens aus der Sitzung vom 01.02.2007 hinsichtlich des Autowaschens an Straßen unter Benutzung von Hochdruckreinigern und Waschmitteln antwortete der Bürgermeister, dass es

grundsätzlich nicht verboten sei, Kraftfahrzeuge außerhalb von Waschanlagen zu reinigen. Verboten sei Motorwäsche unter Einsatz von Kaltreinigern. Die Benutzung von Hochdruckreinigern sei nicht verboten, es sei denn damit gehe einher das Einbringen von Öl etc. in die Kanalisation.

11. Bürgermeister Muth gab eine Sachstandsmitteilung hinsichtlich des Neubaus des Kindergartens in Niederweimar:

Die Trägerschaft sei ja, wie allen bekannt, geklärt. Aus der gemeinsamen Sitzung bestehe die Beauftragung, die Aufstellung von Baucontainern für die Bauphase zur Unterbringung der Kinder und die hiermit verbundenen Kosten zu prüfen. Die Kosten hierfür, so der Bürgermeister, belaufen sich auf ca. 140.000,-- €.

Es habe sich eine private Interessentengruppe gemeldet, die Kinder unter 3 Jahren betreue und die Interesse gezeigt hätte, Räume in dem neu zu errichtenden Kindergarten für ihre Zwecke anzumieten. Inzwischen habe ein Gespräch mit dem Träger des Kindergartens, dem Vorstand dieses Vereines, einem Vertreter des Kirchenkreisamtes und von der Gemeinde mit dem I. Beigeordneten und ihm, dem Bürgermeister, stattgefunden. Dabei sei das Interesse der Kinderbetreuungsgruppe bei dem Träger sehr positiv aufgenommen worden, und es habe bereits Gespräche hinsichtlich der baulichen Gestaltung gegeben.

Die Gruppe sei an den Gemeindevorstand herangetreten mit der Bitte, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, ob dem Verein die Möglichkeit eingeräumt werden solle, entsprechende Räume im Kindergarten Niederweimar für seine Zwecke anmieten zu können.

Der Verein nutze derzeit Räume, die langfristig angemietet seien, würde aber gerne in entsprechende Verhandlungen mit dem Vermieter treten, wenn sich die Möglichkeit abzeichne bzw. konkret werde, die entsprechenden Räume in dem neuen Kindergarten Niederweimar nutzen zu können.

Bürgermeister Muth verlas den dazu gefassten Beschluss des Gemeindevorstandes vom 15.02.2007, der zum Ausdruck bringe, dass der Gemeindevorstand, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Gemeindevertretung, dem Wunsch des Vereins entspreche und ihm die benötigten Räume vermieten wolle.

Bürgermeister Muth bat, dieses Thema bereits vorab in den Fraktionen zu beraten, allerdings werde es nicht möglich sein, zum Zeitpunkt dieser Beratungen bereits konkrete Zahlen und Fakten vorzulegen.

Es gehe zunächst um einen Grundsatzbeschluss, der dann, gleich welche Entscheidung falle, in die Planungen des Architekten mit einfließen müsse.

Er, der Bürgermeister, werde umgehend mit der Kindergruppe Kontakt aufnehmen und behalte sich vor, für den Fall der Notwendigkeit eine Sondersitzung des Parlamentes einberufen zu lassen.

Darüber hinaus würden derzeit in alle Richtungen Informationen eingeholt hinsichtlich der Bauausführung (Massivbauweise, Fertigbauweise bzw. Containerlösung). Sobald konkrete Ergebnisse vorlägen, würden diese dem Parlament übermittelt.

#### 4. Bericht der Jugendpflege

Drucksache 11/34/2007/06-11

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass der Ausschuss sich sehr intensiv mit der Situation der Jugendclubs in der Gemeinde befasst habe. Der Jugendpfleger habe auch sehr ausführlich zum Thema „Kindertagesbetreuung“ Stellung genommen.

In fast allen Ortsteilen, so Frau Schneider, gebe es Jugendclubs, die teilweise selbst verwaltet und teilweise durch die Jugendpflege betreut werden.

Es gebe einige Jugendclubs, bei denen es wenige bis gar keine Probleme gebe, allerdings auch solche, in denen es gelegentlich oder wiederholt Probleme gebe in Bezug auf Sauberkeit, Verhalten und dergleichen.

Der Jugendpfleger habe mitgeteilt, dass es mit den Jugendlichen eine Art vertragliche Vereinbarung gebe, die den Aufenthalt und das Verhalten in den Jugendräumen regle. Wenn die Vereinbarungen nicht eingehalten würden, folge die Schließung der Jugendräume. Besonders gravierend seien die Vorfälle im Jugendraum von Niederwalgern gewesen, worauf mehrere Monate Schließung gefolgt seien. Im Ausschuss sei dann besprochen worden, warum eine so lange Schließzeit angeordnet worden wäre, anstatt mit den Jugendlichen die Probleme aufzuarbeiten. Denn durch diese Schließungszeiten seien auch die Jugendlichen betroffen, die mit den Vorfällen nichts zu tun hatten.

Im Ausschuss sei eine Präsentation erfolgt, in der auch die Vertragsentwürfe, die, wie sie annehme, zusammen mit dem Gemeindevorstand erarbeitet wurden, dargestellt wurden. Bisher handelte es sich lediglich um Vertragsentwürfe, deren Beratung im Ausschuss sicherlich noch erfolge. Ein weiterer Gesprächspunkt sei die Kindertagesbetreuung, die Ferienspiele, gewesen, die eine Ausweitung und viele weitere Facetten erhalten hätten. In diesem Bereich, so Frau Schneider, gebe es so gut wie keine Probleme und die Rückmeldungen der Eltern seien durchaus positiv.

Im Jugendclub Niederweimar, dem auch das Internetcafe angeschlossen sei, werde das gesamte Gebäude in der Alten Schulstraße genutzt. Dort sei unter Anleitung mit Jugendlichen inzwischen eine Band gegründet worden, und der Jugendpfleger hoffe, so die Jugendlichen in seine Arbeit einbinden zu können.

In einigen Jugendclubs gebe es, so Frau Schneider, Probleme mit dem Genuss von Alkohol und Zigaretten. Diesbezüglich verwies sie auf ihren Antrag, der auch auf dieser Tagesordnung zu finden sei und beraten werden solle. Auch gebe es teilweise ungenehmigte Feierlichkeiten privater Art in den Jugendräumen, diesbezüglich müsse auch noch eine Regelung erfolgen.

Weitere Informationen seien im Ausschuss erfolgt über den Kinderstadtplan, dieses Thema sei Tagesordnungspunkt im Parlament gewesen. Diesbezüglich seien in Kooperationen mit Schulen und einzelnen Jugendlichen Pläne für die verschiedenen Ortsteile in Entstehung. Diese Angelegenheit habe sehr erfolgversprechend ausgesehen und sie gehe davon aus, dass diese Vorbereitungen demnächst im Ausschuss präsentiert werden können.

**Beratungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

**5. Änderung der Abfallsatzung und/oder Erweiterung des gemeindlichen Angebotes zur Abfallverwertung**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 16.11.2006 auf Prüfung, ob zweimal jährlich eine kostenfreie Astschnittabfuhr eingerichtet werden kann und**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2006 hinsichtlich der Änderung der Abfallsatzung**

Drucksache 60/9/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, berichtete, dass die ursprünglichen Anträge von CDU- und SPD-Fraktion zusammengefasst wurden und die Angelegenheit einer gemeinsamen Beratung zugeführt werden sollte.

Der Bürgermeister habe im Ausschuss mitgeteilt, dass es weiteren Informationsbedarf gebe, der im Gemeindevorstand zur weiteren Diskussion der Angelegenheit bedürfe.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt

**6. Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache 10/26/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses berichtete, dass der Entwurf der Hauptsatzung intensiv beraten wurde und der Bürgermeister zu Beginn mitgeteilt habe, dass sich der vorliegende Entwurf an der Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes orientiere.

Hinsichtlich der Erhöhung des Betrages gemäß § 2 (3) Nr. 4 von bisher 10.225,85 € auf nunmehr 15.000,-- €, wurde angeregt, diesbezüglich eine Aufstellung über die vorhandenen Stundungen und Niederschlagungen den Ausschussmitgliedern vorzulegen.

Hinsichtlich der Vorlage einer Aufstellung bezüglich der vorhandenen Stundungen habe Bürgermeister Muth mitgeteilt, dass er Probleme sehe hinsichtlich eines eventuellen Verstoßes gegen die Datenschutzbestimmungen, da aus der Liste auch Namen und Anschriften hervorgingen. Hierüber wolle er im Rahmen der Haushaltsplaneinbringung in anonymer Form berichten.

Im Hinblick auf die Größe der gemeindlichen Gremien sei vorgeschlagen worden, die Mitgliederzahl für den Gemeindevorstand nicht auf 9 Mitglieder festzulegen, da bereits 5 Fraktionen vorhanden seien.

Nach weiteren Diskussionen im Ausschuss sei man übereingekommen, die Ausführungen in dem vorliegenden Entwurf der Hauptsatzung hinsichtlich der Gremiengröße zu verzichten und ansonsten den vorliegenden Entwurf der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Bürgermeister Muth habe darauf hingewiesen, dass bei einer Entscheidung über den Inhalt der Änderung zu § 4 und § 5 (Veränderung der Gremiengrößen) die Ausschlussfrist von spätestens 18 Monaten vor der Kommunalwahl zu berücksichtigen sei.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle daher der Gemeindevertretung, die Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde in der vorliegenden Form ohne die Änderungen zu § 4 und § 5 zu beschließen.

Dr. Olaf Stiller (FDP) erklärte, dass er sich sehr daran gestört habe, dass ein Vorschlag auf Verkleinerung der gemeindlichen Gremien aus der Verwaltung gekommen sei. Dies sei Aufgabe des Parlamentes, er missbillige dieses Vorgehen ausdrücklich.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde in der vorliegenden Form, ausgenommen der Änderungen zu § 4 und § 5.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**7. II. Nachtrag zur Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache 10/31/2007/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, erklärte, dass dieser Tagesordnungspunkt im Ausschuss nicht beraten wurde, da weitere Informationen erbeten wurden und nachgeliefert werden sollen.

**Beratungsergebnis:** Zurückgestellt

**8. IV. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn) über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn)**

Drucksache 10/33/2007/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, führte aus, dass Bürgermeister Muth in der Sitzung des Ausschusses zunächst auf den Sachverhalt verwiesen habe und dass es nach vielen Jahren konstanter Gebühren nun überfällig sei, eine Gebührenanpassung vorzunehmen. Ab diesem Jahr gebe es für die Kindergarteneltern für das 3. Kindergartenjahr eine Entlastung dahingehend, dass keine Gebühren zu zahlen seien.

Die vorgeschlagenen Möglichkeiten seien von den Mitgliedern des Ausschusses kontrovers diskutiert worden, wobei eine Gebührenerhöhung von der Mehrheit der Mitglieder befürwortet wurde.

Die vorgeschlagene Erhöhung zum 01.08.2007 wurde als nicht akzeptabel abgelehnt.

Bürgermeister Muth habe im Ausschuss deutlich den Anstieg der Kosten im Energiebereich und hinsichtlich der Personalkosten gemacht.

Im Ausschuss hätten folgende Vorschläge zur Beschlussfassung vorgelegen:

1. Ursprüngliche Fassung des vorliegenden Entwurfes. Dieser Vorschlag sei mit 8 Gegenstimmen abgelehnt worden.
2. Die bisherige Regelung beizubehalten und auch auf eine zukünftige Gebührenanhebung zu verzichten. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

3. Eine Erhöhung der Gebühr für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren ab dem 01.08.2007 auf 180,-- € und ansonsten keine Erhöhung vorzunehmen. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.
4. Die vorgeschlagene Erhöhung ab Inkrafttreten der Satzung und jährliche Erhöhung ab 01.08.2008 zu beschließen, jedoch auf eine Erhöhung zum 01.08.2007 zu verzichten. Dieser Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Daher empfehle der Ausschuss der Gemeindevertretung, den IV. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn) über die Nutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) in der vorliegenden Form mit Ausnahme der vorgesehenen Erhöhung ab 01.08.2007 zu beschließen.

Herr Winfried Laucht (FBW) erklärte für seine Fraktion, dass das Parlament hier ein Zeichen setzen sollte für familienfreundliche Politik. Daher schlage seine Fraktion vor, die bisherigen Gebühren beizubehalten.

Die Argumentation, dass die Eltern eine Entlastung im 3. Kindergartenjahr hinsichtlich der Gebührenfreiheit erhalten und damit eine Gebührenanhebung in den ersten beiden Kindergartenjahren rechtfertige, möge zwar rechnerisch richtig sein, stehe aber sachlich in keinem Zusammenhang.

Seiner Fraktion sei der niedrige Deckungsgrad in diesem Gebührenhaushalt bewusst. Wenn in diesem Bereich Steuergelder eingesetzt würden, seien sie hier sinnvoller angewandt als in anderen Bereichen.

Seine Fraktion lehne auch die vorgesehene dynamische Erhöhung ab, da hiermit die Angelegenheit zukünftig zu einem reinen Verwaltungshandeln werde und damit der Kontrolle des Parlamentes entzogen sei.

Herr Lothar Potthoff (SPD) erklärte, dass er noch mal seine bereits im Ausschuss dargelegte Position nennen wolle. Er sei der Meinung, dass der Einsatz von allgemeinen Steuermitteln am sinnvollsten im Bereich der Kinderförderung liege. Eine Gemeinde, die kinderfreundliche Politik betreiben wolle, solle nicht von sich reden machen, indem sie die Kindergartengebühren anhebe, sondern perspektivisch eine Senkung der Kindergartengebühren vornehmen.

Herr Dr. Olaf Stiller (FDP) schloss sich der Meinung seines Vorredners an und erklärte, dass die frühkindliche Förderung Priorität haben müsse und daher in diesem Bereich die Beiträge zu senken seien.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Grüne) meinte, dass es sicherlich keine Fraktion in diesem Hause gebe, die sich über eine Erhöhung der Kindergartengebühren freue, die vorgesehene Anhebung jedoch so moderat sei, dass ihre Fraktion zustimmen könne.

Grundsätzlich, so Frau Schneider, müsse die Tendenz dahingehen, die Kindergartengebühren grundsätzlich abzuschaffen. Die Gemeinde könne jedoch in der augenblicklichen finanziellen Situation diesen Bereich nicht alleine tragen. Es gebe Beispiele, wo die Bundesländer die Kindergartengebühren abgeschafft hätten. Nach Meinung ihrer Fraktion gehöre die vorschulische Bildung in den Kulturbereich und damit mittel- und langfristig die Kindergartengebühren abgeschafft.



Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag des Ausschusses zustimmen werde. Er schließe sich den Ausführungen seiner Vorrednerin insofern an, dass in der Zukunft eine Gebührenfreiheit im Kindergartenbereich wünschenswert sei.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) erklärte, dass auch seine Fraktion dem Kompromissvorschlag des Ausschusses zustimmen werde und zeigte sich erfreut darüber, dass dieser Kompromiss gefunden werden konnte, da seine Fraktion dem ursprünglichen Vorschlag nicht hätte zustimmen können.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den IV. Nachtrag zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Weimar (Lahn) über die Benutzung der Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) in der vorliegenden Form mit Ausnahme der vorgesehenen Erhöhung ab 01.08.2007.

**Beratungsergebnis:** 21 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

## **9. Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse der Gemeinde Weimar (Lahn);**

### **hier: Beratung und Beschlussfassung über eine Neufassung**

Drucksache 10/29/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, berichtete, dass der vorliegende Entwurf grundsätzlich begrüßt wurde, dass im Ausschuss allerdings 4 Änderungsanträge vorgelegen hätten, wobei über 3 abgestimmt wurde.

Änderung zu § 12 Abs. 3: Die vorgesehenen 14 Tage (zwischen dem Zugang der Anträge und dem Sitzungstag) auf 10 Tage zu reduzieren. Diesem Antrag stimmten die Ausschussmitglieder mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Zu § 9 Abs. 3 wurde beantragt, für die Zustellung der Ladung 10 Tage aufzunehmen. Bürgermeister Muth habe darauf hingewiesen, dass diese Änderung mit der HGO kollidiere, da dort eine 7-Tage-Frist für die Anträge enthalten sei. Auf eine Abstimmung wurde daher verzichtet.

Zu § 12 Abs. 2 wurde beantragt, dass zusätzlich aufgenommen werden solle, dass, sofern Anträge finanzielle Auswirkungen hätten, ein Deckungsvorschlag enthalten sein müsse. Bürgermeister Muth habe darauf hingewiesen, dass in der HGO diesbezüglich eine Sollvorschrift enthalten sei. Die Ausschussmitglieder lehnten diesen Antrag mit 1 Ja-Stimme und 7 Nein-Stimmen ab, so Herr Steiß.

Ein weiterer Antrag zu § 33 Abs. 1 sei gewesen, anstatt die Stellvertreterinnen und/oder Stellvertreter ersatzweise die Fraktionsvorsitzenden aufzunehmen. Diesem Antrag hätten die Ausschussmitglieder mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Der Ausschuss empfehle daher, den vorliegenden Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse mit folgenden Änderungen zu beschließen:

§ 12 Abs. 3 = von 14 Tage auf 10 Tage abzuändern und im § 33 Abs. 1 die Stellvertreterinnen und Stellvertreter zu streichen und dafür die „Fraktionsvorsitzenden“ aufzunehmen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, erklärte im Anschluss an die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden, dass er aus dem Hauptamt der Verwaltung die Information habe, dass die Regelung, im § 12 Abs. 3 die 14 Tage auf 10 Tage zu ändern, in der praktischen Umsetzung problematisch sei, da es öfters vorkomme, dass der Redaktionsschluss für das gemeindliche Mitteilungsblatt aufgrund von Feiertagen von Montag auf den Freitag der vorhergehenden Woche vorverlegt werde. Dies könne dazu führen, dass eingehende Anträge zwar fristgerecht vorlägen, aber nicht mehr rechtzeitig für eine Veröffentlichung im Zusammenhang mit der Einladung erfolgen könne, da der Redaktionsschluss unter Umständen schon Freitag war.

Aufgrund dieser Information, so Herr Hoß, bat er, es bei der bisherigen Regelung bezüglich der 14 Tage zu belassen.

Herr Steiß (CDU) erklärte für seine Fraktion, dass sie sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen könne, wenn garantiert sei, dass dadurch ein reibungsloser Ablauf gegeben sei.

Von dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung wurde bestätigt, dass nach Aussage der Verwaltung, dass, unter Beibehaltung der bis dahin geltenden Regelung, dies bedeute, dass 14 Tage vor der Parlamentssitzung, sprich an dem Donnerstag (2 Wochen vor dem Sitzungstag) Anträge eingehen können.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und die Ausschüsse mit folgenden Änderungen zu beschließen:

§ 12 Abs. 3 = unverändert 14 Tage, § 33 Abs. 1 = Stellvertreterinnen und Stellvertreter streichen und dafür die Fraktionsvorsitzenden aufnehmen

**Beratungsergebnis:** Einstimmig,

#### **10. Bebauungsplan „Am roten Weg“ in Niederweimar** **- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Offenlage** **- Beschluss zur 2. Offenlegung**

Drucksache 00/34/2007/06-11

Bevor in die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt eingetreten wurde, erteilte der Vorsitzende Herrn Lothar Potthoff (SPD) das Wort.

Dieser erkundigte sich zunächst danach, ab welchem Zeitpunkt er wegen Interessenkollision bezüglich dieses Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal verlassen solle. Der Vorsitzende teilte ihm mit, dass er weder an den Beratungen noch an der Beschlussfassung nach den Bestimmungen der HGO teilnehmen dürfe.

Hinsichtlich der Auslegung zum § 25 HGO über bestehende Interessenkollision führte Herr Potthoff aus, dass es über dieses Thema zahlreiche juristische Ausführungen und auch Rechtsstreite gebe. Für ihn könne sich nicht erschließen, warum z.B. ein Gemeindevertreter, der Kinder im Kindergartenalter habe und nach seiner Meinung daher unmittelbar betroffen sei, bei der Beratung und Beschlussfassung über Kindergartengebühren keiner Interessenkollision unterworfen sei, während er als Vorsitzender eines Vereines, deren Interessen er hinsichtlich des zu beschließenden Bebauungsplanes vertrete, ausgeschlossen werden solle, obwohl

der eingetragene Verein nicht einmal ein Grundstück in diesem Bebauungsplanbereich habe. Die Rechtsprechung, so Herr Potthoff, rette sich damit, dass man sage, hier liege ein Satzungsbeschluss vor, wobei auch der Bebauungsplan letztendlich eine Satzung sei. Die Rechtsprechung differenziere hier jedoch, indem sie sage, die Kindergartensatzung z.B. bedürfe erst eines besonderen Verwaltungsaktes durch den Gemeindevorstand, um Wirkung zu entfalten. Auch der Bebauungsplan treffe Festlegungen, die für Einzelpersonen Auswirkungen hätten.

Herr Potthoff wies noch einmal darauf hin, dass er diese juristischen Festlegungen merkwürdig finde, da der eingetragene Verein, den er vertrete, kein eigenes Grundstück in dem Bebauungsgebiet habe, sondern lediglich in Nachbarschaft ein Sportgelände betreibe, welches der Verein von der Gemeinde gepachtet habe.

Um nicht einen Rechtsstreit vom Zaum zu brechen, werde er für die Zeit der Beratung und Beschlussfassung den Sitzungsraum verlassen. Er empfinde es jedoch als merkwürdig, dass zum Ende der kontrovers geführten Diskussion und nachdem ein Kompromiss gefunden wurde, er auf diese Bestimmungen hingewiesen worden sei.

Herr Matthias Happel (CDU) verließ zusammen mit Herrn Potthoff wegen Interessenkollision den Sitzungssaal.

Sodann berichtete der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Reiner Sauer, darüber, dass ein Ortstermin stattgefunden habe, bei dem auch das planende Ingenieurbüro anwesend war und entsprechende Informationen über die Planungen gab. Die außer den Ausschussmitgliedern anwesenden Interessierten hätten die Möglichkeit gehabt, Fragen zu stellen, die von dem Vertreter des Ingenieurbüros beantwortet werden konnten.

Nach Beendigung des Ortstermines habe man die Ausschusssitzung im Rathaus fortgesetzt, wo Bürgermeister Muth die Planungen erläutere habe. Der neue, nun vorliegende Plan, beinhalte einige Änderungen. So sei es um die Verschiebung der Bauplätze um 15 m nach oben gegangen, wodurch die Grundstücke oberhalb des Sportplatzes ca. 600 m<sup>2</sup> groß werden. Weiterer Beratungspunkt war die Anbindung des Haddamshäuser Weges direkt an die Landesstraße, was von dem ASV strikt abgelehnt werde. Es sei daher eine Weiterführung des Weges bis direkt an die Kreuzung/Anbindung des neuen Baugebietes geplant.

In dem Plan sei das erste Grundstück oberhalb des Sportplatzes Richtung „Baumgarten“ als Spielplatz vorgesehen. Bürgermeister Muth habe eine weitere Möglichkeit vorgestellt, wonach ein Spielplatz über die komplette Breite des Sportplatzes in 15 m Tiefe ausgewiesen werden könnte.

Auf diese Variante hätten sich die Ausschussmitglieder verständigt und sei daher in die vorliegende Tischvorlage eingearbeitet worden. Bei der Bauleitplanung, so Herr Sauer, hätten die Wünsche und Anregungen der Einsprechenden, bis auf eine Ausnahme, Berücksichtigung gefunden, soweit es die gesetzlichen Vorgaben zuließen.

- a) Der Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss empfehle der Gemeindevertretung zu beschließen, den Beschlussempfehlungen auf den verkleinerten Stellungnahmen der laufenden Nummern zuzustimmen.

- b) Der Ausschuss empfehle, den Entwurf des oben genannten Bebauungsplanes einschließlich Begründung unter Berücksichtigung des unter Punkt a) gefassten Beschlusses erneut öffentlich auszulegen sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von den Änderungen betroffen sind, von der Auslegung zu benachrichtigen. Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Bürger, die in der ersten öffentlichen Auslegung Anregungen vorgebracht haben, bekommen mit der Benachrichtigung der 2. Auslegungsfrist in Kopie die Verkleinerung ihres Schreibens mit den rechtsseitigen Beschlüssen zugesandt.

Bürgermeister Muth führte ergänzend aus, dass die Einwendungen, die während der Offenlage eingegangen seien, darauf hindeuten, dass der Anbindung Haddamshäuser Weg sehr große Bedeutung beigemessen werde. Das ASV habe deutlich mitgeteilt, dass die derzeitige Anbindung nicht bleiben könne. Er habe dann in Gesprächen mit dem ASV erreichen können, dass der Haddamshäuser Weg verlängert werden und an die geplante Linksabbiegerspur anbinden könne. Damit sei sowohl dem Lieferverkehr als auch dem landwirtschaftlichem Verkehr Rechnung getragen.

Er sei dankbar, dass der Ausschuss seiner Empfehlung, das ursprünglich als Spielplatz vorgesehene Eckgrundstück aufzugeben und die sich aufgrund der Verschiebung der Bauplätze um 15 m ergebende Möglichkeit, einen Spielplatz über die komplette Breite des Sportplatzes einzurichten, gefolgt sei. Der Wall werde auf 3,20 m erhöht und die Grundstücksgröße von ursprünglich 900 auf nunmehr 600 m<sup>2</sup> reduziert. Von einer Beeinträchtigung aufgrund des Spielbetriebes könne nunmehr nicht mehr ausgegangen werden.

Er sei der Meinung, dass die überarbeitete Planung einige Qualitätsverbesserungen beinhalte, so dass der Nachteil einer zeitlichen Verschiebung von etwa 1 Monat aufgewogen werde.

Der Einwand von Herrn Manfred Möller (CDU), dass der Sportplatz in dem vorliegenden Plan nicht an der richtigen Stelle dargestellt wurde, wurde von dem Vorsitzenden des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses klargestellt.

Sodann ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung einzeln über die Abwägung der Stellungnahmen beschließen:

- |     |                   |            |
|-----|-------------------|------------|
| 1.  | RP Gießen:        | Einstimmig |
| 2.  | Kreisausschuss:   | Einstimmig |
| 3.  | ASV:              | Einstimmig |
| 4.  | ZMW:              | Einstimmig |
| 5.  | T-Com             | Einstimmig |
| 6.  | E.On              | Einstimmig |
| 7.  | Abw.verb. Marburg | Einstimmig |
| 8.  | Stadt Marburg     | Einstimmig |
| 9.  | LSB Hessen e.V.   | Einstimmig |
| 10. | TSV Niederweimar  | Einstimmig |
| 11. | Ortsbeirat NWE    | Einstimmig |
| 12. | H.-H. Müller      | Einstimmig |
| 13. | Landwirte         | Einstimmig |
| 14. | Eheleute Müller   | Einstimmig |

- |     |                    |            |
|-----|--------------------|------------|
| 15. | Eheleute Peterburs | Einstimmig |
| 16. | Raiffeisen         | Einstimmig |

**Beschluss:**

- a) Die Gemeindevertretung beschließt, den Beschlussempfehlungen auf den verkleinerten Stellungnahmen, lfd. Nr. 1-16, zuzustimmen. Die Abwägung der Stellungnahmen erfolgt einzeln. Der Beschluss wird dahingehend ergänzt, dass ein 15 m breiter Streifen oberhalb des Sportplatzes als Spielplatz vorgesehen wird.
- Beratungsergebnis:** Einstimmig
- b) Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf des o. g. Bebauungsplanes einschließlich Begründung unter Berücksichtigung des unter Pkt. a) gefassten Beschlusses erneut öffentlich auszulegen sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von den Änderungen betroffen sind, von der Auslegung zu benachrichtigen.
- Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Bürger, die in der 1. öffentlichen Auslegung Anregungen vorgebracht haben, bekommen mit der Benachrichtigung der 2. Auslegungsfrist in Kopie die Verkleinerung ihres Schreibens mit den rechtsseitigen Beschlüssen zugesandt.
- Beratungsergebnis:** Einstimmig

Gemeindevertreter Lothar Potthoff und Matthias Happel nahmen ab Tagesordnungspunkt 11 wieder an den Beratungen teil.

## 11. 28. Flächennutzungsplanänderung parallel zum Bebauungsplan „Am roten Weg“ in Niederweimar

- a) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen während der 1. Offenlegung  
 b) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen während der 2. Offenlegung  
 c) Feststellungsbeschluss

Drucksache 40/47/2007/06-11

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Sauer, erklärte, dass auch dieser Tagesordnungspunkt Beratungsgegenstand im Ausschuss gewesen sei. Alle Abwägungen im Ausschuss seien einstimmig gewesen.

Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die entsprechende Beschlussfassung, die von der Gemeindevertretung übernommen wurde.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung ließ sodann über die Abwägungen einzeln abstimmen:

- |    |                     |            |
|----|---------------------|------------|
| 1. | RP Gießen:          | Einstimmig |
| 2. | Kreisausschuss:     | Einstimmig |
| 3. | ASV:                | Einstimmig |
| 4. | Koordinierungsbüro: | Einstimmig |
| 5. | ZMW                 | Einstimmig |
| 6. | E.On                | Einstimmig |
| 7. | Abw.verb. Marburg   | Einstimmig |

**Beschluss:**

- a) Die Gemeindevertretung beschließt, den Beschlussempfehlungen für die 1. Offenlage auf den verkleinerten Vorlagen lfd. Nr. 1-7 zuzustimmen. Die Abwägung der Stellungnahmen erfolgt einzeln.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

- b) Die Gemeindevertretung beschließt, den Beschlussempfehlungen für die 2. Offenlage auf den verkleinerten Vorlagen lfd. Nr. 1-3 zuzustimmen. Die Abwägung der Stellungnahmen erfolgt einzeln.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

- c) Die Gemeindevertretung beschließt, die o.g. 28. Flächennutzungsplanänderung, unter Beachtung der Punkte a) und b) zuzustimmen. Die FNP-Änderung wird dem Regierungspräsidium zur Genehmigung vorgelegt.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.02.2007 bezüglich der Einführung eines Rauch- und Alkoholverbotes in den Jugendräumen der Gemeinde**

Drucksache 50/22/2007/01-06

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Grüne) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, in allen Jugendräumen der Gemeinde Weimar darf grundsätzlich nicht geraucht werden. Ebenfalls ist der Konsum von alkoholischen Getränken verboten.

Frau Schneider begründete, dass der Antrag nicht aus der derzeit aktuellen Diskussion über das Rauchverbot in öffentlichen Räumen hervorgehe, sondern im Vorfeld zur Sozialausschusssitzung und den Vertragsentwürfen, die dem Ausschuss vorlagen, in denen andere Regelungen getroffen seien. Nach Meinung ihrer Fraktion sollte ein solches Verbot selbstverständlich sein. Der Schutz der Jugendlichen vor Drogen müsse ein zentrales Anliegen der Gemeinde sein. Die Jugendpflege sollte entsprechende Aufklärungs- und Präventionsarbeit leisten. Das Rauch- und Alkoholverbot diene letztlich nicht nur dem Schutz der Jugendlichen, sondern auch dem Schutz der Jugendarbeit selbst, dem Weiterbestand der Jugendclubs und dem Ruf der Jugendarbeit in der Gemeinde Weimar.

Betreuer/Betreuerinnen, auch bei Ferienspielen sollten nach Meinung ihrer Fraktion ebenfalls verpflichtet werden, nicht in der Gegenwart von Kindern und Jugendlichen zu rauchen.

Sie sei damit einverstanden, wenn der Antrag zur Beratung und Diskussion in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport überwiesen würde.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) führte aus, dass nach seiner Meinung direkt im Parlament abgestimmt werden könne, zumal das Jugendschutzgesetz klare Regelungen bezüglich der Angelegenheit treffe.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte ebenfalls, dass das Jugendschutzgesetz Jugendlichen unter 16 Jahren das Rauchen verbiete. Allerdings besuchten auch ältere Jugendliche die Jugendclubs, bei denen das Rauch- und Alkoholverbot durch das Jugendschutzgesetz nicht gedeckt seien.

Seine Fraktion bitte, den vorliegenden Antrag an den zuständigen Ausschuss zur Beratung zu überweisen.

Auch Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) meinte, dass Regelungen über Nikotin- und Alkoholgenuss in Jugendräumen reglementiert werden müssen. Eine Ausarbeitung der Regelungen könne und sollte sinnvoll im Ausschuss erfolgen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den vorstehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen.

**Beratungsergebnis:**

24 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

13. **Auftragsvergabe: Planung der Deichsanierung im Ortsteil Roth**

Drucksache 11/39/2007/06-11

Bürgermeister Muth führte hierzu aus, dass sich bei dem letzten massiven Hochwasser am 19.01.2007 besonders ein Deichstück im OT Roth zwischen der Mühle und der Lahnbrücke einbruchgefährdet darstellte. Die Hilfskräfte hätten es mit Sandsäcken geschafft, das marode Stück so zu stabilisieren, dass das Schlimmste verhindert werden konnte.

Grundsätzlich sei die Deichsanierung etwas, was die Gemeinde noch über Jahre hinaus beschäftigen werde, sie aber sprichwörtlich „im Regen stehen gelassen werde“, denn Hochwasserschutz sei ein Thema, welches nicht nur die Gemeinde Weimar berühre. Jedoch dürfe die Tatsache, dass man sich auf Kreis-, Länder- und Bundesebene nicht darum kümmere, nicht dazu führen, dass auch die Gemeinde die Deichsanierung auf die leichte Schulter nehme. Die Sanierung dieses vorgenannten Teilstückes besitze allerhöchste Dringlichkeit. Der Umfang der Arbeiten werde allerdings sicher erst deutlich, wenn ein beauftragtes Ingenieurbüro einen Sanierungsplan erstellt habe. Allerdings wisse er, der Bürgermeister, dass mit der Sanierung dieses Teilstückes das Problem nicht aus der Welt sei. Es habe nach dem Hochwasser einen Termin mit der Oberen Wasserbehörde, dem RP Gießen, stattgefunden und es seien Möglichkeiten ausgelotet worden mit dem Ergebnis, das Ingenieurbüro Prof. Dr. Hartung & Partner mit der Planung der Deichsanierung im OT Roth, Teilabschnitt Mühle – Lahnbrücke, zu beauftragen. Dieses Ingenieurbüro sei für die Gemeinde bereits hinsichtlich der Hochwasserschutzmauer im OT Argenstein tätig gewesen.

Es habe einen Ortstermin mit dem Ingenieurbüro und der Oberen Wasserbehörde stattgefunden, wobei die Frage erörtert wurde, ob die Gemeinde den Antrag auf Bezuschussung der Hochwasserschutzmauer im OT Argenstein zurücknehmen könne, um erneut einen diesbezüglichen Antrag, zuzüglich des zu sanierenden Teilstückes des Dammes stellen könne. Leider sei dies nicht möglich, da die Deichsanierung Roth ein gesondertes Projekt sei. Der Teilabschnitt Mühle/Lahnbrücke sei ein erster Schritt hierzu.

Aus diesem Grunde bitte er, der Bürgermeister, das Parlament, die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 11.000,-- € für die Planung der

Deichsanierung im OT Roth, Teilabschnitt Mühle/Lahnbrücke zu genehmigen. Dieses Sanierungskonzept sei dann, je nach Höhe, bezuschussungsfähig.

Herr Matthias Happel (CDU) erklärte, dass er die Angebotssumme von 11.000,-- € für den sanierungsbedürftigen Teilbereich des Dammes, der nur etwa 70 m lang sei, für überhöht halte. Er kenne dieses Teilstück und sei der Meinung, dass der Deich nur etwas verbreitert und erhöht werden müsse und zweifelte an, dass hierfür die Einschaltung eines technischen Ingenieurbüros nötig sei.

Bürgermeister Muth entgegnete, dass der Mitarbeiter des Ingenieurbüros ihm erklärt habe, dass er über einen weitergehenden Bereich z.B. Bohrungen vornehmen müsse, um den Kernbestand des Deiches zu ergründen. Er maße sich über die technischen Vorgaben keine Aussagen an.

Herr Reiner Sauer (SPD) meinte, dass jetzt im Parlament über technische Gegebenheiten nicht diskutiert werden sollte. Nach seinem Dafürhalten bringe ein Verbreitern und Erhöhen durch Erdaufschüttungen nichts, da sich das Grundwasser dennoch durchdrücke und zu Überschwemmungen führe.

Bürgermeister Muth ergänzte noch, dass sowohl die Aussage der Oberen Wasserbehörde als auch die des Ingenieurbüros deckungsgleich seien dahingehend, dass der Deich von Grund auf saniert und aufgebaut werden müsse.

Herr Gunter Heuser (FPD) wandte ein, dass eine technische Überprüfung evtl. eingespart werden könne, wenn doch feststehe, dass von Grund auf eine Sanierung notwendig werde.

Hierzu erklärte Bürgermeister Muth, dass zunächst Bodenuntersuchungen vorgenommen werden müssen, um darauf folgend die notwendig werdenden Maßnahmen festzulegen.

#### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Auftragsvergabe für die Planung der Deichsanierung im OT Roth, Teilabschnitt Mühle/Lahnbrücke, an das Ingenieurbüro Prof. Dr. Ing. W.Hartung & Partner.

#### **Beratungsergebnis:**

27 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

#### **14. Haushaltssatzung 2007 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)**

Drucksache 20/7/2006/06-11

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Alexander Steiß, berichtete, dass über den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt bereits beraten und mit den von ihm vorgetragenen Änderungen einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Die Beratungen zum Stellenplan hätten in der letzten Ausschusssitzung stattgefunden. Herr Steiß berichtete, dass von Seiten des Ausschusses angeregt wurde, den Ausbildungsstand des Personals und die hierfür aufgewendeten Kosten in der eigenen Verwaltung zu nutzen. Es sei beantragt worden, eine Stelle im Ordnungsamt mit einem KW-Vermerk zu versehen, da hier unter Umständen mit einem altersbedingten Ausscheiden zu rechnen sei. Bürgermeister Muth habe darauf hingewiesen, dass die Stellenbesetzung und die Aufgabenverteilung nicht Aufgabe der Gemeindevertretung sei, zumal dieser die einzelnen Aufgaben nicht



umfänglich bekannt seien. Aufgrund des Arbeitsumfanges sei es nicht möglich, die betreffende Stelle im Bereich des Ordnungsamtes einzusparen.

Der Antrag auf Anbringung eines KW-Vermerkes sei vom Ausschuss mit 4 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen abgelehnt worden. Insgesamt sei dem vorliegenden Stellenplan mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zugestimmt worden.

Dem vorliegenden Investitionsprogramm habe der Ausschuss einstimmig zugestimmt.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfehle daher der Gemeindevertretung, dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit den Anlagen (Haushaltsplan, Stellenplan und Investitionsprogramm) zuzustimmen und dem Parlament eine entsprechende Beschlussempfehlung zu geben. Die Abstimmung im Ausschuss sei erfolgt mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Sodann erteilte der Vorsitzende Herr Siegfried Koch (SPD) das Wort: Herr Koch stellte den Antrag, zur Änderung des Vermögenshaushaltes 2007 im Unterabschnitt 7620 (Bürgerhäuser), Unterabschnitt 6900 (Wasserläufe, Wasserbau):

Nach dem Hochwasser vom 19.01.2007 und dem beinahe Deichbruch sei der Zustand der Deiche ein lebenswichtiges Thema für die Bevölkerung in der Gemeinde. Als Sofortmaßnahme an den Deichen in Roth und Argenstein sei die Beseitigung des sicherheitsrelevanten Gehölzaufwuchses auf dem im Eigentum der Gemeinde stehenden Dammkörper und die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten für die Deichverteidigung unbedingt notwendig. Auch bezüglich des nächsten Schrittes, die Beseitigung dieser sicherheitsrelevanten und ungesetzlichen baulichen Veränderungen und Gehölzanpflanzungen am Deichkörper, der im Privatbesitz ist, könne die Gemeinde ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Falls für die genannte Sofortmaßnahme nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, sollte durch die Verschiebung der Sanierung des Parkettbodens im Bürgerhaus Roth (Schleifen und Versiegeln) in dem Nachtragshaushalt rd. 7.000,-- € für die Finanzierung der genannten Maßnahme in diesem Jahr freigemacht werden. Durch diese Maßnahme sollte zum Schutz der Bürger, ihres Lebens und ihres Eigentums durch die politisch Verantwortlichen entsprechend reagiert werden.

Herr Koch wies darauf hin, dass am 02.04.2007 eine Infoveranstaltung im OT Roth zum Thema Hochwasserschutz stattfinden werde.

Sodann erhielt Herr Kurt Barth (SPD) das Wort:

Herr Barth führte aus, dass es sich bei dem Haushalt 2007 um das Notwendige und um Mangelverwaltung handele, denn die Medienberichte darüber, dass die Kommunen deutlich höhere Einnahmen zu verzeichnen hätten, träfe für die Gemeinde Weimar nicht zu.

Vielmehr habe sich die Kreisumlage um 230.200,-- €, die Schulumlage um 39.200,-- € und die Gewerbesteuerumlage um 25.100,-- € erhöht, während sich die Schlüsselzuweisungen vom Land um nur 184.900,-- € erhöht hätten, so dass für die Gemeinde letztlich eine Mehrausgabe von 109.600,-- € notwendig werde. Natürlich sei auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht spurlos an der Gemeinde vorübergegangen. Sie koste die Gemeinde auf der Basis der Zahlen von 2006 rd.

ca. 100.000,- € Die Einnahmen der Einkommensteuer hingegen hätten nur um geschätzte 148.400,- € zugenommen.

All das zu berücksichtigen bei der Haushaltsaufstellung und dann noch Akzente zu setzen, erfordere sehr viel Einfallsreichtum und Kreativität.

Im Bereich des Verwaltungshaushaltes sei der Betrag für Ausbildungszwecke für die Feuerwehrfrauen und -männer leicht angehoben worden, zusätzlich komme noch ein Betrag von 12.000,- € für die Atemschutzträger hinzu. Konstant geblieben seien die Ansätze für die Vereine und die Seniorenbetreuung. Für die „Alte Kirche“ im OT Niederweimar sei für Instandhaltungsmaßnahmen ein Betrag von 3.000,- € berücksichtigt.

Die Gemeinde zeige, dass sie im Bereich der Jugendarbeit weitere Schwerpunkte lege. So sei der Erweiterung der Ferienbetreuung Rechnung getragen worden und die Gemeinde damit führend im Landkreis. Eine Bestätigung dafür, so Herr Barth, dass die Gemeinde Weimar zu einer der familienfreundlichsten Gemeinden im Landkreis zähle. Außerdem werde unterstrichen, dass man auf Zweigleisigkeit in der Kinderbetreuung setze, da die Zuschüsse für Jugendliche in Vereinen fast verdoppelt wurden.

Herr Barth wies darauf hin, dass es im Bereich der kommunalen Kindergärten seit Beginn des Jahres ein Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren gebe. Der Gesamtanteil der Kindergärten am Verwaltungshaushalt betrage rd. 10 % und die Zuschussentwicklung sei von Jahr zu Jahr steigend. Aus diesem Grunde müsse in diesem Bereich eine Beitragsanpassung durchgeführt werden, obwohl seine Fraktion lieber den Eltern einen kostenlosen Platz im Kindergarten anbieten würde. Dies würde, so Herr Barth, ab diesem Jahr für die Kinder im letzten Kindergartenjahr gewährt, da die Gemeinde den Beschluss der Landesregierung bereits umgesetzt habe und ab Januar für die Kinder im letzten Kindergartenjahr keine Beiträge mehr fordere.

Bezüglich der Gemeindestraßen sei nur ein Ansatz von 15.000,- € eingeplant.

Stark defizitär seien die Bereiche „Bestattungswesen“ und „Bürgerhäuser“. Bei den Bürgerhäusern summiere sich inzwischen ein Zuschuss von 380.000,- €. Die Gemeindevertretung sei gefordert, Ideen zur Erhaltung der Bürgerhäuser zu entwickeln. Die Bildung der Arbeitsgruppe Weimar 2020 auf Initiative der SPD-Fraktion sei hierzu ein erster Schritt. Wiederum sei zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt in Höhe von 270.000,- € erforderlich, wobei er darauf hinwies, dass es im Jahre 2005 noch ca. 600.000,- € waren.

Es sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,25 Mio. € notwendig. Diese enorme Kreditaufnahme resultiere im Wesentlichen aus dem Betrag von ca. 2 Mio. € für den geplanten Neubau des Kindergartens Niederweimar.

Aufgrund dieser dringlichen Investition verbleibe allerdings nicht mehr viel Raum für Aufgaben im Bereich des Vermögenshaushaltes. Dennoch werde in neue Baugebiete in Niederweimar, Niederwalgern und Roth sowie in Gewerbegebiete, z.B. Roth investiert. Am Beispiel des Gewerbegebietes Wenkbach sehe man, dass die Rechnung aufgehe, denn es habe sich dort ein neuer Gewerbebetrieb angesiedelt. Weiterhin seien noch Mittel eingestellt worden für den dringend notwendigen Hochwasserschutz und für den OT Allna, der am Dorferneuerungsprogramm teilnehme.

Mit diesem Haushalt werde die gemeinsame Vision, die familienfreundlichste Gemeinde zu sein, ausgebaut. Durch die Schaffung neuer Baugebiete, eines neuen Kindergartens werde der Zuzug von weiteren Familien ermöglicht, damit die Kinder umfassend betreut, die Kindergärten belegt bleiben und die Vereine genügend Jugendl Nachwuchs hätten. Die Jugendräume sollten weiterhin von Jung und Alt genutzt werden können wie z.B. der Computerraum in Niederweimar.

Aufgabe bleibe, so Herr Barth, darüber nachzudenken, wie die Ausgaben im Bereich Friedhofswesen und Bürgerhäuser reduziert werden können, um damit die Möglichkeiten zu schaffen, im Haushalt mehr Spielraum zu bekommen, um die Wünsche der Ortsbeiräte besser berücksichtigen zu können.

Die SPD-Fraktion stimme dem Haushaltsplan mit den vorliegenden Änderungen, dem Stellenplan und dem Investitionsprogramm zu.

Seine Fraktion stimme auch dem zuvor genannten Vorschlag des Gemeindevertreters Siegfried Koch zur Umschichtung eines Betrages in Höhe von 7.000,-- € für den Bereich Hochwasserschutz zu.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Grüne) erklärte, dass ihre Fraktion der ursprünglich vorgesehenen Lösung, die Kinder des Kindergartens Niederweimar während der Bauphase in einem Container unterzubringen, nicht zustimmen könne, da der hierfür veranschlagte Betrag in Höhe von 140.000,-- € untragbar sei. Sie habe dem Bürgermeister bzw. den Gemeindevorstand darum gebeten, nach Alternativlösungen zu suchen. Sie stelle daher jetzt die Frage, wie kreativ man diesbezüglich geworden sei. Ihre Fraktion gehe davon aus, dass der in Ansatz gebrachte Betrag für den Bau des Kindergartens auch die Unterbringung der Kinder kostenmäßig beinhalte. Ihre Vorstellung sei, Verhandlungen aufzunehmen mit der Grundschule, mit der Kirche, dem Bürgerhaus und auch die Gemeindevertretung könne einen Beitrag zur Unterbringung leisten und diesen Ratssaal für die Übergangszeit zur Verfügung stellen.

Ihre Fraktion beantrage daher, den in Rede stehenden Teilbetrag von ca. 140.000,-- € hinsichtlich der geplanten Bausumme von ca. 2 Mio. € dadurch einzusparen, dass versucht werden solle, die Kinder während der Bauphase in der von ihr zuvor aufgezeigten Art unterzubringen.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass ein Betrag von ca. 150.000,-- € für eine evtl. geplante Containerlösung vorgesehen und in der Gesamtsumme von 2 Mio. € enthalten sei. Das bedeute, dass man hinsichtlich des Raumkonzeptes und der Ausstattung noch einmal abspecken müsse. Im Übrigen meine er, dass über Raumkonzepte, die sicherlich sehr wichtig seien, aber an dieser Stelle nicht diskutiert werden sollte, sondern erst dann, wenn klar sei, ob es einen Neubau an einer anderen Stelle auf dem Gelände gebe oder auf dem Platz des jetzigen Kindergartens.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Gemeindevertretung erklärte Frau Schneider, dass sie ihre zuvor genannten Veränderungsvorschläge nicht zum Antrag erheben wolle.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) bedankte sich zunächst bei der Verwaltung für die geleisteten umfangreichen Arbeiten, die zur Erstellung des Haushaltes notwendig waren.

Herr Kisslinger führte aus, dass der Haushalt bereits intensiv im Ausschuss behandelt und ihm mehrheitlich zugestimmt wurde. Besonders im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt habe man die vom Ausschussvorsitzenden vorgetragene Änderungen, vor allem im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in konstruktiver und offener Diskussion mit allen Fraktionen erarbeitet. Er bedanke sich dafür bei allen Fraktionen, verbunden mit der Hoffnung, dass auch zukünftig solch zielführenden Gespräche geführt werden können.

Oberste Priorität hinsichtlich des Haushaltes müsse auch zukünftig sein, so Herr Kisslinger, die Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln vorrangig zu erfüllen. Was bei dem Betrachten des Haushaltes leider fehle, seien klare Gestaltungsinhalte. So könne die Erhöhung der eigenen Verfügungsmittel sicher nicht als Gestaltungselement gelten. Dieser Ansatz sei im Ausschuss einstimmig korrigiert worden.

Die Hessische Landesregierung habe im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs der Gemeinde eine Erhöhung der Schlüsselzulagen um über 15 % zugewiesen, was fast 200.000,-- € seien.

Die Unterhaltung des Kindergartenbetriebes sei für jede Gemeinde ein nicht unerheblicher Kostenfaktor. Leider sei es auch in Weimar nicht möglich, Betreuungsplätze den Eltern kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Aussage des Bürgermeisters, sich für sozialverträgliche Kindergartengebühren stark machen zu wollen, entspreche allerdings nicht der derzeitig geplanten Erhöhung von fast 25 %, auch wenn man dieser Erhöhung ein beitragsfreies 3. Kindergartenjahr gegenüberstelle.

Hinsichtlich des Kindergartenneubaues Niederweimar sei es nun vorrangiges Ziel, die Planungen voranzutreiben. Hier müsse schnellstens ein Konzept erarbeitet werden. Es fehlten noch Informationen darüber, wie der Kindergarten aussehen solle, wo die Kinder in der Bauphase betreut werden und wie hoch die Kosten seien. Es müssten hier schnellstens in Zusammenarbeit mit den Fraktionen, den Betreuerinnen, den Eltern und den zuständigen Architekten Pläne und Gestaltungswege aufgezeigt werden, so dass eine zeitnahe Baumaßnahme umgesetzt werden könne.

Herr Kisslinger führte weiter aus, dass mit der Einrichtung der Vollzeitstelle im Bereich der Jugendpflege eine konzeptionelle Arbeit auf diesem Gebiet erreicht werden solle. Die Gestaltung und Durchführung von Ferienspielen sei ein Teilbereich, dringend erforderlich sei jedoch ein Gesamtkonzept, das bisher nicht vorliege.

Seine Fraktion stelle fest, dass die Durchführung der Ferienspiele sehr gut funktioniere, vielseitig angenommen werden und einen positiven Eindruck hinterlasse. An dieser Stelle danke er dem Jugendpfleger für seinen Einsatz.

Leider gebe es mehrere Punkte, deren Bearbeitung sich die Elterninitiative und auch andere Fraktionen durch den ganztägigen personellen Einsatz der Jugendpflege versprochen:

Betreuung der Jugendclubs in den einzelnen Ortsteilen, die in der Vergangenheit oft unbefriedigend war, was durch lange Schließungszeiten zu belegen sei sowie die Betreuung des Kinder- und Jugendbeirates. Hier müsse vorrangig daran gearbeitet werden, einen solchen wieder ins Leben zu rufen. Weiterhin wurde gefordert die Begleitung von Jugendlichen zu Behörden, Hilfestellung bei Ausbildungs- und

Arbeitsplatzsuche sowie die Integration von behinderten Jugendlichen. Diese Punkte seien bisher unberücksichtigt geblieben. Weiterhin sollten Schnittstellen geschaffen werden zwischen hauptamtlicher und ehrenamtlicher Jugendpflege. Hier sei es erforderlich, Kontakte aufzubauen und zu intensivieren. Hier sehe seine Fraktion dringend Nachholbedarf und erwarte daher nach wie vor die Erarbeitung eines Konzeptes.

Die Aussage „gestalten statt verwalten“, so Herr Kisslinger, müsse natürlich auch in die Tat umgesetzt werden. Seine Fraktion wünsche sich für die Zukunft mehr Gestaltungselemente im Haushalt. Ansatzpunkte gebe es hierfür reichlich, denn alleine von der Gemeindevertretung zu verlangen, Konzepte zu erarbeiten und zu entwickeln, entspreche nicht diesem Anspruch.

Seine Fraktion werde dem Haushalt 2007 mit den vorgenannten Änderung zustimmen.

Herr Dr. Olaf Stiller (FDP) erklärte, dass auch seine Fraktion sich intensiv mit dem vorliegenden Entwurf des Haushaltes befasst habe. Ein besonderer Augenmerk sei von seiner Fraktion auf die Zukunftsfähigkeit gelegt worden.

Besonders erfreulich sei für seine Fraktion, dass der privaten Jugendpflege bzw. –betreuung wieder mehr Gewichtung beigemessen wurde in Form von einer finanziellen Aufbesserung der Jugendvereinsförderung. Nach Meinung seiner Fraktion können hierdurch sehr viel mehr Jugendliche angesprochen werden als durch die gemeindliche Jugendbetreuung nach dem Motto „Privat vor Staat“.

Sehr kritisch betrachte seine Fraktion den Neubau des gemeindlichen Kindergartens und die hierfür veranschlagte Summe in Höhe von 2 Mio. €. Angebracht sei es, so Herr Dr. Stiller, sich umzuschauen nach gleichartigen Konzeptionen. Seine Fraktion sehe hier einen Zusammenhang zwischen Bausumme und Architektenhonorar.

Ein weiterer Kritikpunkt seiner Fraktion an dem gemeindlichen Haushalt sei die gemeindliche Umweltberatung, denn Städte wie z.B. Bad Homburg würden sich eine entsprechende Stelle teilen. Die Vorstellung seiner Fraktion gehe dahin, dass auch die Gemeinde Weimar sich diesbezüglich mit anderen Kommunen oder auch der Stadt Marburg zusammentue, um dadurch Personalkosten einsparen zu können.

Ein ganz wichtiger Punkt sei natürlich auch die Mehrwertsteuererhöhung. Hier müsse die Gemeinde zukunftsfähige (Geld)-Konzepte entwickeln. Nach seiner Meinung sollten 2 GmbH's gegründet werden, und zwar eine Liegenschafts-GmbH und eine Überführung des gemeindlichen Bauhofes in eine GmbH.

Seine Fraktion, so Herr Dr. Stiller, stimme dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf zu.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte, dass seine Fraktion nicht das Ziel verfolge, bestimmte Teile der Gemeinde in private Gesellschaften zu überführen. Seine Fraktion habe sich hinsichtlich der Beratungen an den vorliegenden Entwurf des Haushaltes gehalten.

Die Eckdaten seien mehrmals genannt und dargestellt worden. Verschiedene Prognosen hinsichtlich der Einnahmeverbesserung von Kommunen sei leider nicht so eingetroffen wie vorhergesagt.

Hinsichtlich des Verwaltungshaushaltes merke seine Fraktion kritisch an die Mehrausgaben im Bereich „Allgemeine Verwaltung“ in Höhe von 9.300,-- € und Mindereinnahmen in Höhe von 5.200,-- €. Im Bereich „Öffentliche Sicherheit“ seien es 15.400,-- € Mehrausgaben und 15.000,-- € Mindereinnahmen. Im Bereich

„Wissenschaft und Kultur“ seien 6.700,-- € Mehrausgaben zu verzeichnen und im Bereich „Soziales“ 80.000,-- € Mehrausgaben und 57.100,-- € Mindereinnahmen.

Seine Fraktion stelle fest, dass im Bereich des Verwaltungshaushaltes anhand der vorliegenden Zahlen keine Sparbemühungen zu erkennen seien.

Wenn man lediglich die Steuereinnahmen minus der Umlagen betrachte, welches den Einnahmewert der Gemeinde darstelle, dann seien das 2.566.300,-- €, davon in Abzug gebracht die Personalkosten in Höhe von 2.180.100,-- € verbleibe lediglich eine Summe von 548.200,-- €. Daran könne man erkennen, dass nicht viele Möglichkeiten zum Gestalten übrig bleiben.

Herr Heuser erinnerte daran, dass Bürgermeister Muth aufgefordert habe, Konzepte zur Verbesserung der Einnahmesituation zu entwickeln oder auch neue Wege zu beschreiten. Damit übertrage der Bürgermeister die Verantwortung, diese Situation positiv zu gestalten. Ein „Weiter so“, so habe der Bürgermeister zum Ausdruck gebracht, könne niemand mehr verantworten. Allerdings zeige nach Meinung seiner Fraktion der Verwaltungshaushalt gerade diese Tendenzen.

Hinsichtlich des Vermögenshaushaltes seien für seine Fraktion 3 Punkte von Bedeutung: Positiv sehe seine Fraktion eine sinnvolle Fortentwicklung im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr Weimar hinsichtlich des Fahrzeugkonzeptes.

Positiv sehe seine Fraktion auch den in dieser Parlamentssitzung eingebrachten Antrag hinsichtlich der Deichsanierung im OT Roth.

Den 3. positiven Punkt sehe seine Fraktion in dem Neubau des Kindergartens im OT Niederweimar, der bereits vor 10 Jahren angesprochen wurde und jetzt unumgänglich sei.

Seine Fraktion empfinde die Angelegenheit allerdings als eine „unendliche Geschichte“. Den Mitgliedern des Parlamentes seien bisher schlichtweg lediglich die Notwendigkeit, der Standort und der Betreiber bekannt.

Unbekannt seien Dinge wie, wo die Kinder während der Bauphase bleiben, solle es einen 4- oder 5-gruppigen Kindergarten geben, wie sehe das Nutzungskonzept aus, wie die Entwicklung der Geburtenzahlen. Gebe es ein Betreuungsangebot, einen Mittagstisch, evtl. zusammen mit der Grundschule und sei der Kreis hiermit beteiligt. Darüber hinaus stelle sich die Frage, inwieweit die private Kinderbetreuungsgruppe Räume mitbenutzen könne und was das koste. Ebenso müssen nach Meinung seiner Fraktion auch Komplettlösungen, wie schlüsselfertiges Bauen bzw. „Bauen lassen und Zurückmieten“ geprüft werden. Eine Kostenschätzung mit diesen vielen Unbekannten sei nach Meinung seiner Fraktion nicht möglich.

Er stelle daher für seine Fraktion die Forderung an den Bürgermeister, sie besser zu informieren. Wenn von den Steuereinnahmen minus Umlagen und minus Personalkosten lediglich 548.200,-- € übrig bleiben und die Gemeinde an Zins und Tilgung für 2007 580.000,-- €, ohne Kindergarten eingeplant habe, könne die Rechnung nicht aufgehen.

Natürlich sehe auch seine Fraktion, dass eine Gemeindefinanzreform dringend notwendig sei.

Auch das Parlament müsse seine Hausaufgaben machen und könne nicht nur mit Gebührenerhöhungen reagieren, ohne einen eigenen Sparwillen erkennen zu lassen.

Hinsichtlich des Stellenplanes habe seine Fraktion im Ausschuss beantragt, so Herr Heuser, eine vermutlich im Dezember 2007 freiwerdende Stelle im Ordnungsamt

mit einem KW-Vermerk zu versehen. Hinsichtlich dieses Antrages sei seine Fraktion im Ausschuss gescheitert. Da aber der Sparwille bei seiner Fraktion auch nach außen hin deutlich werden solle, werde seine Fraktion diesem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Herr Heuser erklärte, dass er noch ein paar grundsätzliche Äußerungen zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss machen wolle:

Nach Meinung seiner Fraktion habe dort bisher immer ein sehr kollegiales Verhalten, Miteinander und Kompromissbereitschaft geherrscht. Man habe es als erfreulich angesehen, dass sachkundig vorbereitete Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen zum Wohle der Gemeinde Weimar handelten.

Mit der Äußerung des Bürgermeisters „Schuster bleib bei deinen Leisten“ zu einem Ausschussmitglied, was soviel bedeute, dass ohne Sachverstand Kritik geübt und sich ungerufen in alles eingemischt werde, sei für seine Fraktion die Grenze überschritten. Immerhin seien im § 50 HGO die Aufgaben der Gemeindevertretung und im § 51 HGO die ausschließlichen Zuständigkeiten der Gemeindevertretung festgehalten. Nach Abs. 7 gehöre hierzu auch die Feststellung der Haushaltssatzung, wozu der Stellenplan gehöre und das Investitionsprogramm. Aus diesem Grunde halte seine Fraktion diese Äußerung für deutlich überzogen. Trotzdem biete seine Fraktion dem Bürgermeister weiterhin eine sachbezogene, kollegiale, kompromissbereite und konstruktive Zusammenarbeit an.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass er erfreut feststelle, dass aus der Haushaltsrede der CDU-Fraktion zu entnehmen sei, dass von dieser Seite, so wie er es interpretiere, die Notwendigkeit einer Vollzeitstelle in der Jugendpflege anerkannt werde.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) erklärte hierzu, dass seine Fraktion sich mit der Vollzeit-Jugendpflegestelle arrangiert habe, dass aber nach Meinung seiner Fraktion einige Positionen von den Forderungen, die die SPD-Fraktion hinsichtlich des Tätigkeitsfeldes aufgestellt hätten, bisher nicht erfüllt wurden.

Der Vorsitzende verlas noch einmal den zuvor gestellten Antrag zum Vermögenshaushalt: „Reduzierung des Ansatzes bei Haushaltstelle DGH Roth um 7.000,- € auf 1.000,- € mit der Maßgabe, diese Differenz als Sofortmaßnahme zum Hochwasserschutz zu verwenden“.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit den Anlagen (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und den zuvor genannten Änderungen.

**Beratungsergebnis:** 22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

**15. Anfragen**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, stellte fest, dass schriftliche Anfragen nicht vorlagen.

**Mündliche Anfragen:**

- a) Herr Stephan Wenz (SPD) knüpfte an die Äußerung des Bürgermeisters unter TOP 3 hinsichtlich der gestundeten Anliegerbeiträge an. Er wollte wissen, wie hoch die noch ausstehenden Forderungen hinsichtlich der gestundeten Beiträge seien.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass er sich die Liste mit den gestundeten Beiträgen Anfang des Jahres 2005 angesehen habe, die Anfrage jetzt allerdings nicht einfach zu beantworten sei. Die Stundungen seien entstanden hinsichtlich veranlagter Beiträge, die die Veranlagten nicht sofort entrichten können. Die Veranlagten hätten den Stundungsantrag zu stellen und zu begründen, der Gemeindevorstand habe darüber entschieden. Dazu gebe es gewisse Kriterien, die einzuhalten seien. Aus den letzten Jahrzehnten seien Stundungsbeträge in Höhe von ca. 300.000,-- € angelaufen. Davon seien in diesem Jahr ca. 50.000,-- € beglichen worden. Er gehe jedoch davon aus, dass der Großteil der noch offenen Forderungen, auch nach rechtlicher Prüfung, nicht mehr einzutreiben sei, da sie verjährt seien.

- b) Frau Helle Grün (FBW) fragte, wie weit die Verhandlungen mit der Bahn hinsichtlich der Parkflächen auf dem Bahnhofsgelände gediehen seien.

Bürgermeister Muth antwortete hierauf, dass er an diesem Vormittag einen Termin mit einem Vertreter einer der Nachfolgegesellschaften der Bahn hatte. Angeblich sei es der Ansprechpartner gewesen für stillgelegte Gleisanlagen bzw. Bahntrassen und zuständig für den Verkauf. Den Ausführungen des Mitarbeiters zufolge habe er auch Kontakte zu den anderen Bahngesellschaften und kenne die Ansprechpartner für das Thema Park & Ride, Bahnhofsgelände usw. Der Mitarbeiter habe ihm zugesagt, innerhalb der nächsten 2 bis 3 Wochen ein erstes Ergebnis dessen mitzuteilen, was bei dem Ortstermin besprochen wurde.

Zur Problematik an sich erklärte der Bürgermeister, dass am Bahnhofsweg, außerhalb der Park & Ride-Anlage, täglich eine Vielzahl von PKW's geparkt werden. Da in den nächsten Wochen mit dem Beginn von Bauarbeiten im Gewerbegebiet zu rechnen sei, werden eine Vielzahl von Parkplätzen nicht mehr zu nutzen sein. Aus diesem Grund sei versucht worden, Ansprechpartner bei der Bahn zu finden, um mit ihnen zu klären, inwieweit die bestehende Park & Ride-Anlage erweitert werden könne.

Die ursprüngliche Idee, mit etwas Schotter das vorhandene Gelände einzuebnen, sei nicht möglich, da laut Eisenbahngesetz diese vorhandenen Gleise rein theoretisch noch nutzbar seien. Allerdings habe der Vertreter der Bahn bereits anklingen lassen, dass ein möglicher Erwerb des Gleisbereiches durch die Gemeinde jenseits der 200.000,-- € Grenze liege.

Auch die Möglichkeit einer Notlösung um das Bahnhofsgelände herum sei aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht durchführbar. Nur wenn die Gemeinde sich bereit erkläre, einen Teil der Bahntrasse mit zu erwerben, so habe der Vertreter der Bahn durchblicken lassen, könne mit einer zeitnahen Lösung, etwa bis zum Jahre 2010/2011, gerechnet werden.

## 16. Verschiedenes

- a) Termine:

**16.03.2007:**

**13.00 Uhr**, Treffpunkt der Bürgerinitiative Ortsumgebung B 255, Treffpunkt Koblenzer Straße 38,

**14.30 Uhr**, DGH Allna, Überreichung des Bewilligungsbescheides für die



Dorferneuerung durch Minister Dietzel  
**20.00 Uhr** Jahreshauptversammlung der Einsatzabteilung der Freiwilligen  
Feuerwehr Weimar im Bürgerhaus Roth,

**17.03.2007:** Das ursprünglich für diesen Tag vorgesehene Fußballturnier falle aus, da an diesem Nachmittag um **15.00 Uhr** die Jahreshauptversammlung der Jugendfeuerwehr im Bürgerhaus Roth sei. Das Fußballturnier solle im Sommer nachgeholt werden.

**21.03.2007:** 20.00 Uhr, Jahreshauptversammlung des Fördervereins für Kinder und Jugendliche Weimar, Bürgerhaus des OT Roth,

**14.03.2007:** Sitzung des Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,

**15.03.2007:** Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses,

**16.03.2007:** Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses,

**02.04.2007:** Deichanliegerversammlung um 19.30 Uhr mit Teilnahme der Oberen Wasserbehörde, Vertreter Herr Gleim.

**24.05.2007:** Sitzung der Gemeindevertretung –hier ist ein kurzer Bildvortrag hinsichtlich des Polenbesuches geplant.

- b) Bürgermeister Muth gab das Programm des für den 19. bis 22.04.2007 vorgesehenen Besuches aus der Partnergemeinde Slupca in Polen bekannt. Das Programm sei als Tischvorlage verteilt worden. Auf Vorschlag von Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Grüne) soll versucht werden, in das Programm des Polenbesuches noch eine Besichtigung der Synagoge in Roth unterzubringen.

Ende der Sitzung: 22.25 Uhr.

Der Vorsitzende:

( Heijo Hoß )

Die Schriftführerin:

( Rita Rohrbach )